

Nr. 16/960

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Einnahmesituation Bremens verbessern
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 8. Mai 2006
(Drucksache 16/1002)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2006
(Drucksache 16/1036)
2. Krankenhausplanung nach dem Fallpauschalensystem
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 11. Mai 2006
(Drucksache 16/1008)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2006
(Drucksache 16/1031)

Nr. 16/961

Fragestunde

1. Betreuung und Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. Mai 2006
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.
2. Wochenend- und Feiertagsarbeit in fischverarbeitenden Betrieben
Anfrage der Abgeordneten Werner Kirschstein, Sybille Böschen, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. Mai 2006
Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.
3. Versicherungsschutz für Ehrenamtliche
Anfrage der Abgeordneten Edith Wangenheim, Dr. Joachim Schuster, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. Mai 2006
4. Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Rasterfahndung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Mai 2006
5. Vermisste Kinder und Jugendliche in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rolf Herderhorst, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006

6. Einsatz von bremischen Polizeibeamten im Ausland
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006
7. Gebührenauffälle bei der GEZ
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006
8. Initiative Organentnahme im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006
9. Clean-Wohngruppen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Sauer, Karl Uwe Oppermann, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

10. Zusage von Studienplätzen beschleunigen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Mai 2006

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

11. Polizei-Intranet-Forum für konstruktive Kritik nutzen
Anfrage der Abgeordneten Hermann Kleen, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 29. Mai 2006

12. Kultursenator im Internet
Anfrage der Abgeordneten Karin Krusche, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juni 2006

13. Verwendung von aus Rasterfahndungen erlangten Daten
Anfrage der Abgeordneten Hermann Kleen, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 6. Juni 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 16/962

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Klaus Peters, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Ausbildungsplatzsituation im Lande Bremen“.

Nr. 16/963

Evaluierungsbericht über die bremischen Raumfahrtaktivitäten

– Standort-Vorhaben „BEOS“ und „PHOENIX“ sowie aktuelle Perspektiven –

Mitteilung des Senats vom 21. März 2006

(Drucksache 16/971)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/964

Sonderkommission „Gewalt an Schulen“

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 4. April 2006
(Drucksache 16/981)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/965

Für ein europataugliches und effektives Umweltrecht – Änderungen im Rahmen der Föderalismusreform zwingend erforderlich

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Mai 2006
(Drucksache 16/1023)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/966

Für ein bundeseinheitliches Heimrecht – im Interesse der Qualität der Heime und zum Schutz der Menschen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. Mai 2006
(Drucksache 16/1029)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/967

Bildungspolitik braucht verlässliche Kooperation von Bund und Ländern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2006
(Drucksache 16/1039)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/968

Kein Verbot der Wissenschaftskooperation von Bund und Ländern ins Grundgesetz schreiben

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2006
(Drucksache 16/1041)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/969

Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich stärken - Mehr Informationen zugänglich machen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 8. Juni 2006
(Drucksache 16/1042)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine zügige Beschlussfassung über das vorgelegte Verbraucherinformationsgesetz einzusetzen.

2. Der Senat wird ferner aufgefordert, die Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. September 2006 in einem Bericht über seine Aktivitäten in der Verbraucherschutzpolitik zu informieren und dabei insbesondere folgende Aspekte aufzugreifen:
- die Maßnahmen des Senats im Rahmen des so genannten Fleischskandals zum Schutz der Bevölkerung vor minderwertigem bzw. gesundheitsgefährdendem Fleisch,
 - die Qualitätssicherungsmaßnahmen bei der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung,
 - die Überwachung der Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln nach Herkunft, Qualität, Inhaltsstoffen und gentechnischen Veränderungen,
 - die Kommunikation und Kooperation mit den zuständigen Stellen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung und -kontrolle,
 - die Zusammenarbeit mit Niedersachsen und anderen deutschen Küstenländern im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes,
 - die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Land Bremen vor gesundheitlichen Risiken durch Tierseuchen wie z. B. die Vogelgrippe und
 - eine Bewertung der geltenden bundesrechtlichen Sanktionen bei Verstößen gegen lebensmittelrechtliche und futtermittelrechtliche Bestimmungen,
 - eine Prognose über den Mehraufwand durch die neue Bundesgesetzgebung für das Land Bremen.

Nr. 16/970

Eigeninitiative fördern, Ich-AG und Überbrückungsgeld erhalten!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Mai 2006
(Drucksache 16/1019)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/971

Weiterentwicklung der Hilfen für Arbeitssuchende statt Verschärfung sozialer Notlagen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juni 2006
(Drucksache 16/1038)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/972

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Arbeitnehmerkammer im Land Bremen (KammerCard auch für Langzeitarbeitslose!)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 14. Dezember 2005
(Neufassung der Drs. 16/766 vom 30.09.05)
(Drucksache 16/871)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/973

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 23. Mai 2006

(Drucksache 16/1020)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/974

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stalking – Bekämpfung straf- und strafprozessrechtlich normieren und auch zivilrechtlich verbessern
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 27. April 2006
(Drucksache 16/996)
2. Girls' Day? Nicht nur Schlosserinnen – auch Altenpfleger brauchen wir!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 14. Juni 2006
(Neufassung der Drs. 16/1001 vom 05.05.06)
(Drucksache 16/1053)
3. Die europäische Strukturfondsförderung in Bremen ab 2007
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Mai 2006
(Drucksache 16/1010)

